

# ZUG – ALTER ( N ) – a k t i v

## DISKUSSIONSFORUM ALTER(N) UND POLITIK

---

Die Schweiz sei auf dem Weg zu einer Rentnerrepublik, denn bereits heute sei ein Sechstel der Wohnbevölkerung 65-jährig oder älter und bis 2030 werde sich der Anteil gesamthaft auf ein Viertel erhöhen. Solche Zahlen können wir den laufend publizierten Statistiken entnehmen.

Was will das für die Alterspolitik oder die Politik im Alter heissen? Einerseits kann oder könnte die Zahl der Senioren-Stimmen jede künftige Wahl und Abstimmung zu Gunsten des Alters beeinflussen und andererseits haben oder hätten es die Senioren in der Hand, durch Einsitznahme in politischen Gremien die Dinge zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Heute stelle ich aber fest, dass weder das eine noch das andere zutrifft.

Unsere Parteienvielfalt bringt es mit sich, dass sich unsere Seniorinnen und Senioren in allen politischen Lagern vertreten oder angesprochen fühlen. Eine Gefahr besteht erst dann, wenn sich die eine oder andere Partei zum populistischen Sprachrohr der älteren Generation aufschwingt und mit Wahlversprechungen und/oder Wahlgeschenken auf Stimmenfang unter den Seniorinnen und Senioren geht. Solches kann nur eine vernünftige Alterspolitik verhindern, eine Alterspolitik, die von allen Parteien gleichermassen getragen wird. Diese Politik muss in erster Linie das Wohl der älteren Generation im Auge haben.

Unsere Seniorinnen und Senioren haben zum heutigen Lebensstandard ihren Beitrag geleistet. Sie haben in den Nachkriegszeiten mit grossem Einsatz und kleinen Löhnen grossmehrheitlich zum Aufbau des heutigen Wohlstandes beigetragen. Diese Generation hat nun einen gesicherten und geruhsamen Lebensabend verdient.

Dies ist die Hauptaufgabe einer vernünftigen Alterspolitik, welche von der aktiven Generation - mit vollem Respekt für das Alter - gestaltet werden soll. Nur so können wir in der Zukunft Konflikte zwischen den Generationen vermeiden.

Es ist sicher so, dass der bestehende Generationenvertrag, mit Blick auf die Altersentwicklung, angepasst werden muss, von einer grundsätzlichen Neuverhandlung kann aber nicht die Rede sein.

Roland Vonarburg, Kantonaler Seniorenverband Zug KSVZ